

### 3.17 Kinder und Jugendliche

Der Arbeitsbereich „Kinder und Jugendliche“ entwickelte sich in den Jahren 2002/2003 zu einem regen Betätigungsfeld für die agah. Dies lag u.a. daran, dass der Kinder- und Jugendpolitik (meist in Zusammenhang mit bildungspolitischen Zielvorstellungen) seitens der politischen Akteure eine immer stärkere Bedeutung beigemessen wurde. Die logische Konsequenz hieraus war und ist, dass sich auch die agah verstärkt mit diesen Themen beschäftigte bzw. weiter beschäftigen wird. Einen Schwerpunkt bildet hierbei der inhaltliche Bezug zur Situation der Migrantenkinder und -jugendlichen. Insbesondere standen Fragen zu schulischen Bildungschancen, Deutschsprachkenntnissen und der Berufsausbildung im Vordergrund unserer Arbeit.

Die agah war im Berichtszeitraum gefragte Dialogpartnerin und konnte in zahlreichen Gesprächen die migrationsspezifischen Aspekte vortragen und erläutern. Gerade auf der Ebene der Landespolitik war der Sachverstand der agah häufig gefragt. Hier zeigte sich, dass die Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch neue Wege einschlug und die Staatsministerinnen Wolff (Kultus) und Lautenschläger (Soziales) innerhalb ihrer Ressorts den hier genannten Themen eine zentrale Bedeutung zumaßen.

Aufgrund der Vielschichtigkeit und Komplexität des Themas ist davon auszugehen, dass sich dieser Arbeitsbereich auch über den Berichtszeitraum hinaus fortentwickelt und zukünftig einen noch breiteren Raum einnehmen wird.

#### 3.17.1 Interkulturelle Erziehung

Die gesellschaftliche Realität ist in Hessen (und anderswo) u.a. davon geprägt, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität und religiöser Präferenz in unserem Bundesland leben. Damit einher geht eine kulturelle Vielfalt in fast allen Lebensbereichen, die das Zusammenleben interessant und spannend macht. Dass dies nicht immer unproblematisch ist, soll an dieser Stelle selbstverständlich nicht verschwiegen werden. Für die agah überwiegen jedoch eindeutig die positiven Aspekte des „multikulturellen Miteinanders“ und insofern ist es konsequent und

berechtigt, wenn sich die agah auch in den Jahren 2002 und 2003 für interkulturelle Erziehung bzw. interkulturelles Lernen oder für eine interkulturelle Öffnung (in der Arbeitswelt) stark gemacht hat.

Hintergrund für entsprechende Aktivitäten waren u.a. wissenschaftliche Erkenntnisse zur Bedeutung der Interkulturalität und die Annahme, dass interkulturelle Erziehung in der Schule präventiven Nutzen in der Zukunft entfaltet. Aber gerade die interkulturelle Erziehung in Kindergarten und Schule setzt voraus, dass Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer über entsprechendes Fachwissen verfügen. Für die agah ergab sich hieraus die logische Schlussfolgerung, sich ebenso dafür einzusetzen, dass interkulturelle Erziehung integraler Bestandteil der entsprechenden Ausbildungsgänge wird. Außerdem sollten bestehende Fort-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote um diesen Aspekt erweitert werden. Das damit verbundene Engagement reichte über den Zeitraum des Berichts hinaus. Konkrete Ergebnisse werden (hoffentlich) im nächsten Jahresbericht veröffentlicht.

Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in diesem Bereich, z. B. Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und GEW, wurde im Berichtszeitraum fortgeführt.

Neu hinzu trat eine engere Kooperation mit dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) aus Offenbach am Main, das am 28. März 2003 zu einem Gesprächsforum unter dem Titel „Interkulturelle Kompetenz – Feststellverfahren von Ressourcen bei jungen Migranten“ in die Räumlichkeiten der Justizvollzugsanstalt lud. An der Diskussionsveranstaltung nahmen auch agah-Vertreter teil. Zentrales Anliegen der Veranstaltung war es, neue Wege der Berufsausbildung für junge Migranten und die Verbesserung der Wiedereingliederungschancen junger Strafgefangener zu erörtern.

### **3.17.2 Landesjugendhilfeausschuss**

Seit 1993 ist die agah als beratendes Mitglied mit einem Sitz im Landesjugendhilfeausschuss vertreten. Die Einrichtung der Landesjugendhilfeausschüsse ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG).

Der Landesjugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit

- ↓ der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe
- ↓ der Jugendhilfeplanung
- ↓ der Förderung der freien Jugendhilfe
- ↓ der Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen sowie dem Abbau der Benachteiligung von Mädchen
- ↓ der Förderung ausländischer Menschen und
- ↓ der Integration behinderter Kinder und Jugendlicher.

Er beschließt in grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe und erstellt fachliche Richtlinien und Empfehlungen. Er ist an die Vorgaben der für die einzelnen Bereiche zur Verfügung gestellten Mittel gebunden. Die Amtszeit des Landesjugendhilfeausschusses entspricht der Wahlperiode des Landtags.

Vollversammlungen fanden im Berichtszeitraum wie folgt statt:

- |       |                                                                  |
|-------|------------------------------------------------------------------|
| 2002: | 4. März, 27. Mai, 15. Oktober und 29. November                   |
| 2003: | 5. Mai, 1. September (konstituierende Sitzung) und 10. November. |

Als Vertreter/innen der agah waren Julius Gomes, Ulrike Bargon (bis Ende 2002) und Stefan Zelder (ab 2003) als beratende, nicht-stimmberechtigte Mitglieder benannt.

Im Berichtszeitraum standen oftmals organisatorische Fragen zur Beratung an. Daneben wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- ↓ PISA-Studie und Fragestellungen an die Kinder- und Jugendpolitik
- ↓ Modellversuche in Kindertagesstätten
- ↓ Jugendsozialarbeit
- ↓ Fortbildung von Fachkräften im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe
- ↓ Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
- ↓ Sprachkompetenz bei ausländischen Kindern
- ↓ Erziehungshilfe

- ↓ Neufassung der Verwaltungsvorschriften zu § 12 Kindergartengesetz
- ↓ Girl's day in Hessen
- ↓ Gender Mainstreaming
- ↓ Mädchenarbeit auf Landesebene
- ↓ Handlungsempfehlungen „Jugendhilfe und Schule“
- ↓ Verordnung „Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen“

